

Eckpunkte für eine qualitative Weiterentwicklung der Gymnasien

- **Rot-grüne Bilanz: Schlechte Rahmenbedingungen für die Schulen in Nordrhein-Westfalen.**
 - *Auf die großen aktuellen Herausforderungen für die Schulen hat die rot-grüne Landesregierung keine Antworten.*
 - Die **Inklusion** wurde unvorbereitet und unterfinanziert eingeführt. Ohne Qualitätsstandards bei personellen und materiellen Ressourcen sind die Schulen mit dieser Aufgabe überfordert.
 - Der strukturelle und akute **Unterrichtsausfall** stellt ein eklatantes Problem dar, das die Schulen ohne genügend ausgestattete Vertretungsreserve nicht bewältigen können.
 - Die **Unterrichtung von Flüchtlingskindern** wird ohne Gesamtkonzept zusätzlich von den Schulen verlangt. Zudem fordert die Landesregierung durch einen Erlass, dass auch Kinder und Jugendliche ohne ausreichende Deutschkenntnisse sofort am regulären Unterricht teilnehmen, was eine zusätzliche Belastung der Lehrkräfte darstellt.
 - *Unter der Regierungsverantwortung von SPD und Grünen ist das Qualitätsniveau an unseren Schulen stark gesunken.*
 - Die Schulen sind durch die neuen Herausforderungen überlastet, weil sie nicht durch die Landesregierung unterstützt werden. Anstatt ihrer Pflicht nachzukommen, ihre Aufgaben zur Unterstützung der Schulen zu erfüllen, belastet die Landesregierung die Schulen durch ständig neue Vorgaben und Erlasse.
 - Leistungsnivellierung und Unterrichtsausfall gehen vor allem zu Lasten der Kinder und Jugendlichen aus sozial schwachen und bildungsfernen Familien.
- **Ziel der CDU: Wir wollen Schluss machen mit rot-grüner Überforderung und die Schulen entlasten, um guten Unterricht zu ermöglichen. Die Rahmenbedingungen für die Schulen in unserem Land müssen verbessert werden.**
 - *Regierungshandeln muss wieder im Sinne der Schulen geschehen.*
 - Für die großen Herausforderungen Inklusion, Unterrichtsausfall und Unterrichtung von Flüchtlingskindern müssen **bessere Konzepte** und Maßnahmen entwickelt werden, die die Schulen mit ihrer Arbeit nicht allein lassen.
 - Eine wichtige Voraussetzung für qualitativ guten Unterricht ist **Ruhe an den Schulen**, damit sie sich im Sinne der pädagogischen Freiheit weiterentwickeln

können. Sie dürfen nicht durch ständig neue Vorgaben des Landes überlastet werden.

- **Beste Bildung für unsere Kinder** steht im Mittelpunkt aller Maßnahmen. Dafür müssen die Schulen von unnötigen Aufgaben befreit werden.
- Durch eine **Stärkung der Schulsozialarbeit** mit 100 Mio. Euro jährlich. Der Bund hat seit 2015 die Finanzierung des BAföGs übernommen. Nordrhein-Westfalen hat damit zusätzliche Finanzmittel von jährlich 279 Mio. Euro zur Verfügung. Diese Mittel sollen laut Vereinbarung von Bund und Ländern dem Bildungsbereich zu Gute kommen. Ziel soll es sein, die Bildungsqualität sichtbar zu verbessern, unter anderem durch die dauerhafte Finanzierung der Schulsozialarbeit. Die rot-grüne Landesregierung hat diese Mittel im Haushalt ohne feststellbare Prioritätensetzung versichern lassen. Die CDU will, dass die Landesregierung diese Mittel nutzt, um vordringlich in sozial schwachen Regionen die Schulsozialarbeit zu finanzieren. Sie soll in Kooperation mit der Jugendhilfe die Schulen und ihre Lehrkräfte in ihren pädagogischen Aufgaben unterstützen. Auch die Gymnasien sollen von diesen 100 Mio. profitieren.
- Durch den flächendeckenden Einsatz von **Schulverwaltungsassistentinnen und -assistenten** zur Verbesserung der Schulqualität. Sie sollen Lehrerinnen und Lehrern von administrativen Aufgaben befreien und die Schulen im Verwaltungshandeln unterstützen.
- *Die **Umsetzung der Inklusion** droht unter der rot-grünen Landesregierung zu scheitern. Viele Schulen sind mit dieser Aufgabe überlastet, weil sie nicht genügend vorbereitet sind und das entsprechende Personal nicht zur Verfügung steht.*
 - Die schulische Inklusion verliert unter den derzeitigen Bedingungen bei allen Beteiligten an Akzeptanz. So, wie sie derzeit geschieht, ist sie zum Schaden sowohl der Kinder mit Handicap als auch der Kinder und Jugendlichen ohne Beeinträchtigungen.
 - Es ist daher dringend erforderlich, gemeinsamen Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Kindern nur dort durchzuführen, wo die Qualität des Unterrichts nicht darunter leidet, wo also die Lehrer der Regelschulen

eine entsprechende Fortbildung erhalten haben und ausreichend Sonderpädagogen den Prozess begleiten können. Wo dies nicht gewährleistet ist, darf es keine Erweiterung der Inklusion geben.

- Das voreilige Schließen von Förderschulen muss gestoppt werden. Deshalb fordern wir ein **Moratorium für die verbleibenden Förderschulen**.
- Inklusion erfolgt bei den Gymnasien in der Regel zielgleich. Gymnasien, die aufgrund ihres pädagogischen Konzepts für Inklusion zieldifferenten Unterricht durchführen, müssen durch Bereitstellung von zusätzlichen Ressourcen (ausreichende Vorbereitung und Fortbildungsmöglichkeiten) besonders gestärkt werden.
- *Die CDU will mit einer **Qualitätsoffensive** für die Schulen in Nordrhein-Westfalen dazu beitragen, dass sich die Bildungschancen der Schülerinnen und Schüler in unserem Land erhöhen.*
 - Die Rahmenbedingungen wie Klassengrößen und Vertretungsreserve müssen deutlich verbessert und Maßnahmen gegen den Unterrichtsausfall sowie insbesondere gegen die strukturell bedingte Unterrichtsunterversorgung ergriffen werden.
- *So will die CDU die Ungerechtigkeit, dass unsere Kinder schlechtere Startbedingungen auf ihrem Bildungsweg haben als diejenigen in anderen Bundesländern, beseitigen.*
- **Der Qualitätsverlust an den Gymnasien in Nordrhein-Westfalen geht auf Kosten der Studierfähigkeit der Schülerinnen und Schüler.**
 - *Die Gymnasien haben zunehmend Probleme, ihrem pädagogischen Auftrag, wissenschaftspropädeutischen Unterricht zu leisten, nachzukommen.*
 - Die Oberstufe muss in ihrer Qualität gesteigert werden, so dass sie eine echte Vorbereitung auf das Studium ist. Mit dem Abitur wird die Hochschulreife verliehen. Darauf müssen sich die Hochschulen verlassen können.
 - *Die Unzufriedenheit mit der rot-grünen Schulpolitik und dem Qualitätsverlust an den Gymnasien drückt sich in dem Wunsch vieler Eltern aus, wieder zu G 9-Gymnasien zurückzukehren.*
 - *Durch die ständigen Veränderungen am G 8 hat sich aber nichts verbessert. Die Eltern sind weiterhin unzufrieden.*
 - *Im Unterschied zu SPD und Grünen, die in den letzten Jahren die Forderung der Eltern zur Rückkehr zu G 9 im Landtag ignoriert haben,*

hat die CDU-Fraktion die Sorgen und Nöte der Eltern ernst genommen und sich in regelmäßigen Gesprächen mit den Befürwortern und Gegnern von G 8 mit den unterschiedlichen Argumenten auseinandergesetzt.

- *Mit ihrem Entschließungsantrag zum Beschluss des Landtages NRW zur Volksinitiative „G 9 – jetzt!“ hat die CDU-Fraktion deutlich gemacht, dass sie – anders als SPD, Grüne und auch die FDP – die Sorgen der Eltern nicht ignoriert.*
- **G 8 oder G 9? Die Lösung der Strukturfrage ist ein wichtiger Schritt hin zu einem dauerhaften gymnasialen Schulfrieden.**
 - *Eine Mehrheit der Eltern lehnt G 8 ab.*
 - Dem Beschluss, G 8 einzuführen, ging eine breite gesellschaftliche Diskussion voraus. Als im Jahr 2004 dieser Beschluss in Nordrhein-Westfalen durch SPD und Grüne gefasst wurde, gab es für G 8 eine breite gesellschaftliche Akzeptanz. Das Stichwort war „Effizienz in allen Schulen“, wie es in einem Antrag von SPD und Grünen vom 15. März 2004 (Drucksache 13/5185) hieß. Dies hat sich geändert.
 - *Eine zentrale Ursache für die Nichtakzeptanz von G 8 ist der häufige verpflichtende Nachmittagsunterricht und der verdichtete Lehrstoff in der Sekundarstufe I.*
 - Der Nachmittagsunterricht führt faktisch zur gebundenen Ganztagschule und behindert damit Familienleben und außerschulische Tätigkeiten im kirchlichen, sportlichen oder auch kulturellen Bereich.
 - Durch die Verkürzung der Sekundarstufe I um ein Jahr hat sich der Unterrichtsstoff für die Mittelstufe verdichtet. Die Belastung der Schülerinnen und Schüler hat sich damit gerade in den Pubertätsjahren erhöht.
 - *Hinzu kommt, dass sich einige wichtige Bedingungen, die zur Entscheidung für G 8 beigetragen haben, inzwischen geändert haben.*
 - Durch die Bologna-Reform gibt es seit 2005 in den meisten Studiengängen den Bachelor-Abschluss nach drei Jahren. Dadurch haben viele Jugendliche, die nicht auch noch ein Master-Studium (in der Regel zwei Jahre, oft ein Jahr) absolvieren, früher als bisher ein abgeschlossenes Hochschulstudium und können sich um einen Arbeitsplatz bewerben.
 - Durch das Verschieben des Einschulungstichtages vom 31. Juli auf den 30. September hat sich das Alter der Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen verjüngt.

- Durch das Aussetzen der Wehrpflicht können die jungen Männer früher anfangen zu studieren.
 - Aufgrund dieser Entwicklungen kommen viele Jugendliche heute zwei Jahre früher in den Beruf als noch 2004 beim Beschluss zur Einführung von G 8 in Nordrhein-Westfalen der Fall war.
 - *Eine Neugestaltung des G 9 ohne Vorbereitung darf es nicht geben.*
 - Einer der Hauptvorwürfe an G 8 ist, dass es ohne Vorbereitung und Beteiligung der betroffenen eingeführt wurde. Von heute auf morgen G 9 neu einzuführen wäre fahrlässig. Durch eine Neugestaltung darf keine Unruhe an den Gymnasien entstehen. Die Gymnasien in Nordrhein-Westfalen müssen als leistungsstarke Schulart in ihrer Entwicklung unterstützt werden.
- **Die derzeitige Diskussion um das G 9, wie sie von SPD und Grünen betrieben wird, ist verantwortungslos.**
 - *Schulministerin Löhrmann ist mit ihrer Schulpolitik gescheitert.*
 - Ihr Vorstoß zum Umbau der gesamten Schullandschaft irritiert alle Schulen und wird von Experten als undurchführbar abgelehnt.
 - *Der Vorschlag der SPD ist eine Mogelpackung.*
 - Verpflichtender Nachmittagsunterricht wird weiterhin die Regel sein, da die Jahreswochenstundenzahl 192 in der Sekundarstufe I betragen soll.
 - Die Belastungen in der Qualifikationsphase der Oberstufe werden für alle Schüler im Vergleich zu heute sogar noch zunehmen, da sowohl die G 8-Schüler wie diejenigen mit der Option des Orientierungsjahres (G 9-Schüler) in der Q1 und Q2 dieselben Kurse mit den gleichen Curricula besuchen sollen.
 - Für die G 9-Schüler ändert sich damit nichts, da die Einführungsphase in Klasse 11 als bloßes zusätzliches Förderjahr im Vergleich zum G 8 gestaltet werden soll („Ein Jahr Sitzenbleiben für alle.“) und damit die Jahreswochenstundenzahl für die zweijährige Qualifikationsphase 73 beträgt. Derzeit beträgt die Wochenstundenzahl in allen drei Oberstufenjahren 34.
 - Gleichzeitig werden die Gymnasien durch die geplante Doppelstruktur von G 8 und G 9 an einer Schule noch mehr belastet.
 - *Das Modell der FDP überfordert und führt zu Doppelstrukturen.*
 - Für die Rückkehr zu G 9 oder für das Y-Modell muss die jeweilige Schule ein Konzept erstellen. Das erhöht die Unruhe an den Gymnasien.

- Es gibt eine ständige Wahlmöglichkeit zwischen den Modellen. Das führt an den Schulen zu permanenter Unsicherheit.
 - Mit dem Y-Modell werden Doppelstrukturen eingeführt, die den organisatorischen Aufwand an den Schulen erhöhen. In den Oberstufen (jeweils zweizügig) gibt es nicht genügend Differenzierungsmöglichkeiten für unterschiedliche Leistungskurse. Die Gymnasien verlieren an Qualität.
- **„Ruhe an den Schulen“ ist ein wichtiges Entscheidungskriterium.**
 - *Alles beim alten zu belassen nähme die vielen Eltern nicht ernst, die keine Akzeptanz mehr für G 8 haben.*
 - *Für alle Gymnasien G 9 einzuführen, benachteiligte diejenigen Schulen, bei denen G 8 gut umgesetzt wird und wo die Eltern mit dieser Umsetzung zufrieden sind.*
 - *Ein Zwang zur Wahl würde die Auseinandersetzungen in die Schulen verschieben. Konflikte sind vorhersehbar.*
 - *Die Entscheidung für G 9 muss daher durch die Landesregierung gut vorbereitet sein. Die Gymnasien dürfen mit ihrem Entwicklungsprozess nicht im Stich gelassen werden. Ihre Entscheidung für G 8 oder G 9 muss in ihrer pädagogischen Freiheit begründet sein.*
- **Für die CDU ist die Stärkung der pädagogischen Freiheit der Schulen daher die einzig mögliche Lösung der Strukturfrage.**
 - *Keine Schule darf gezwungen werden, G 9 einzuführen.*
 - *Gleichzeitig darf sich die Neugestaltung des G 9 nicht am G 8-Bildungsgang orientieren.*
 - Das führte zu einem **unechten G 9**.
 - *G 8 und G 9 müssen deshalb gleichberechtigt im Schulgesetz verankert werden.*
 - Die Gymnasien müssen die Möglichkeit haben, individuell entsprechend ihrer Schülerschaft und auch mit Blick auf die örtlichen Bedingungen ihren zukünftigen Bildungsgang zu gestalten. Das entspricht ihrer pädagogischen Freiheit.
 - Damit die Gymnasien organisatorisch nicht überlastet werden, müssen gleichzeitig Doppelstrukturen vermieden werden.
 - Für Gymnasien mit G 9, die das ausdrücklich wünschen, soll die Möglichkeit des Überspringens einer Klasse für

Schülerinnen und Schüler, die entsprechende Leistungen erbringen, verbessert werden.

- **Alle Vorgaben für das echte G 9 müssen durch die Politik so sein, dass sich die Qualität der Gymnasien verbessert.**
 - *Ein Konzept für die Neugestaltung eines echten G 9 muss folgende Punkte berücksichtigen:*
 - die **Auflösung der Verdichtung** des Unterrichtsstoffes in der Mittelstufe (Reduzierung auf 180 Jahreswochenstunden), zusätzliche Stundenkontingente zur besonderen Förderung von starken und schwächeren Schülern,
 - den Beginn der **zweiten Fremdsprache in der 7. Klasse**, um die Kompression des Unterrichtsstoffes aufzulösen,
 - die **Überprüfung und Überarbeitung der Lehrpläne und Stundentafel für die Gymnasien** mit dem Ziel, die Fachlichkeit des Unterrichts zu stärken,
 - die **Stärkung der Durchlässigkeit** durch Förderkonzepte für Schulwechsler aufs Gymnasium,
 - die Möglichkeit der **Vergabe der mittleren Reife** nach der Sek I. in Klasse 10.

- **Die Entwicklung des Konzepts für ein echtes G 9 braucht Zeit und muss jetzt in Angriff genommen werden.**
 - *Die einmalige Entscheidung für G 8 oder G 9 soll so schnell wie möglich gefällt werden können, muss aber nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt gefällt werden.*
 - *Die Verantwortung für G 9 wird den Schulen vom Land nicht einseitig aufgebürdet.*
 - Der entsprechende Prozess wird vielmehr vom Schulministerium und den Schulämtern aktiv begleitet und, wo erforderlich bzw. gewünscht, fachlich unterstützt und moderiert.
 - *Die Entscheidung für einen Wechsel aus der bestehenden Struktur müssen nach Beteiligung sämtlicher Betroffener (Eltern, Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler, Schulträger) die Schulkonferenz mit Zwei-Drittel-Mehrheit und der Schulträger mit Ratsbeschluss treffen.*
 - *Bei einer Weiterentwicklung zu G 9 können neben der Eingangsklasse 5 auch weitere Jahrgänge in den G 9-Bildungsgang überführt werden.*

- **Es braucht aber noch weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität an den Gymnasien in Nordrhein-Westfalen.**
 - *Die Kompetenzorientierung der Lehrpläne muss überdacht und durch Inhalt gefüllt werden.*
 - **Fachlichkeit** ist ein zentrales Element von Qualität. Inhaltsleere Kompetenzen führen zur Nivellierung der Leistungsfähigkeit von Schülerinnen und Schülern und die Hochschulen werden gezwungen, die Studierfähigkeit ihrer Studienanfänger trotz bescheinigter Hochschulreife durch Einführungskurse erst herstellen zu müssen.
 - **Zeit für vertiefendes Lernen:** Schülerinnen und Schüler müssen verstärkt die Möglichkeit bekommen, die Inhalte durch vertiefendes Lernen selbständig zu erarbeiten. Hausarbeiten sind hierfür ein wichtiges Mittel.
 - *Der Ganzttag auch an den Gymnasien ist ein wichtiger Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der gebundene Ganzttag stößt allerdings bei vielen Eltern auf Kritik.*
 - Alle Gymnasien sollen selbst entscheiden können, ob sie sich als Halbtagschulen, als Schulen mit offenem Ganzttag oder als Schulen mit gebundenem Ganzttag organisieren wollen.
 - *Die Studier- und Berufsorientierung an den Gymnasien muss gestärkt werden.*
 - **Technische Grundbildung** und Nachwuchsförderung sind Grundvoraussetzungen für den Innovations- und Technikstandort Nordrhein-Westfalen. Hier kommt allen Schulen eine entscheidende Rolle zu.
 - Nur die Schule kann durchgängig und nachhaltig technische Grundbildung vermitteln und Interessen für Technik entfachen, insbesondere in den MINT-Fächern. **Die MINT-Fächer an den Gymnasien sollen zu einem attraktiven Angebot weiter ausgebaut werden.** Die Überprüfung der Stundentafel soll die Erhöhung der Unterrichtsstunden in den MINT-Fächern gewährleisten.
 - **Das Fach Wirtschaft wird im Wahlpflichtbereich gestärkt.**
 - Für die bessere und qualitativ sinnvolle Nutzung **digitaler Medien** wird ein spezielles **Digitalisierungskonzept** entwickelt, das es ermöglicht, frühzeitig Einblick in die Berufsfelder der Informationstechnologie und das Studienfach Informatik zu gewinnen.
 - *Den Gymnasien wird, wenn sie es für ihr Schulprogramm für sinnvoll erachten, die Möglichkeit gegeben, ihre Schülerinnen und Schüler entsprechend dem Profil der Schule auszuwählen, um unnötige*

Schulformwechsel aufgrund von nicht erreichten Leistungsanforderungen zu vermeiden.

- *Gymnasien sollten durch eine enge Kooperation mit Universitäten und Hochschulen ihr Profil im Sinne der Wissenschaftspropädeutik schärfen. Die Zusammenarbeit wird durch die Zentren für schulpraktische Lehrerbildung koordiniert. Fortbildungsmaßnahmen von Lehrerinnen und Lehrern werden in die Kooperationen mit einbezogen.*
- *Versetzungsordnung und -praxis an Gymnasien müssen so gestaltet sein, dass diese als tatsächlicher Anreiz zum Eigenbemühen der Schülerinnen und Schüler wirken.*

Düsseldorf, 28. Oktober 2016